

20 Jahre Fall der Mauer – Auswirkungen auf Deutschland, Europa und die Welt

VORTRAGSVERANSTALTUNG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER FEDERATION OF INDO-GERMAN SOCIETIES (FIGS) IN INDIEN

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich heiße Sie bei dieser gemeinsamen Vortragsveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Federation of Indo-German Societies (FIGS) herzlich willkommen!

Die seit Jahren bestehende Verbindung zwischen unserer Stiftung und FIGS ist inzwischen zu einer guten Tradition geworden. In regelmäßigen Abständen führen wir gemeinsame Veranstaltungen zur Vertiefung der Beziehungen unserer beiden Länder durch – diese Tradition wollen wir heute Abend und auch in Zukunft fortsetzen.

Wir wollen sie fortsetzen, indem wir über ein Thema, über ein Ereignis sprechen, an das sich Deutschland in diesen Wochen erinnert und an das wir in Dankbarkeit zurückblicken: den 20. Jahrestag des Falls der Mauer in Berlin am 9. November 1989.

Der Mauerfall war ein Ereignis, das die Menschen in Deutschland zutiefst und bis heute bewegt – aber auch bei den Menschen in aller Welt große Aufmerksamkeit fand – auch hier in Indien. Es war ein Ereignis, dem historische Entwicklungen in anderen Ländern des damaligen Warschauer Paktes vorausgingen – und dem weitere folgten –, und das mein Land und den europäischen Kontinent und schließlich die ganz Welt veränderte. Der Fall der Berliner Mauer war in der Tat ein die Welt bewegendes und ein die Welt veränderndes Ereignis.

Am 9. November 1989, einem Donnerstag, kommt es auf einer live im Fernsehen übertragenen Pressekonferenz in Ost-Berlin zu einer sprachlichen Ungenauigkeit. Ein Sprecher der SED-Führung gibt bekannt: „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen – Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse – beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt.“

Im Saal entsteht Unruhe. Ein ausländischer Korrespondent fragt nach, wann diese Ankündigung in Kraft trete. „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“, lautet die holprige und unsichere Antwort.

Es war eine missverständliche Ankündigung – in der gar nicht unmittelbar von Ausreise, sondern nur vom Recht, Anträge zu stellen, die Rede war. Und es war eine scheinbar unbedeutende Nachfrage, die einen weltpolitischen Umbruch auslöste. Von diesem Augenblick an gab es kein Halten mehr. Gegen 21.30 Uhr sind die ersten DDR-Bürger im Westen, am Brandenburger Tor spielen sich unglaubliche Szenen ab. Wildfremde Menschen liegen sich in den Armen, Freudenstränen in den Augen. Gegen 1 Uhr nachts beginnen die Menschen mit dem Abriss der Mauer.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November wurde das Brandenburger Tor, das die Menschen einer Stadt 38 Jahre getrennt hatte, wurde „das Symbol der Teilung [...] zum Symbol ihrer Überwindung. [...] Es war, wie

15. Oktober 2009

sich bald zeigte, der Abgesang auf die DDR und der Beginn einer neuen Zeit, politisch, ökonomisch und kulturell – in Deutschland, in Europa und in der Welt.“ (Andreas Rödder: Deutschland einig Vaterland, München 2009, S. 108)

Am Anfang wollten die Bürgerinnen und Bürger, die in ganz Ostdeutschland auf die Straßen gingen, Reformen in der DDR. Das war die Idee der Friedensbewegung, das war die Idee des Neuen Aufbruchs. Ihr Motto war: „Wir sind das Volk!“ Man wollte Reformen, an Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wagte noch niemand zu denken.

Erst mit dem 9. November hat sich das Motto schlagartig geändert. Jetzt ging es über Nacht nicht mehr um Reformen in der DDR, jetzt ging es von einem Tag auf den anderen um die Überwindung der DDR. Und jetzt hieß das Motto: „Wir sind ein Volk!“

Der Wunsch nach Freiheit und Einheit brach sich Bahn, die Wut auf das verhasste DDR-Regime, war die Energiequelle. Es waren Hunderttausende, ja Millionen Deutsche, die dort zusammenkamen – ohne Gewalt, mit Angst im Herzen, mit Kerzen in den Händen und Gebeten auf den Lippen.

Es war eine Revolution, keine Wende, wie die letzten Machthaber der DDR verharmlosend formulierten. Eine Revolution brach aus, ein vom deutschen Volk erzwungener Umsturz einer Diktatur, eines Unrechtsstaates, letztlich mit dem Ziel die Einheit Deutschlands wieder herzustellen. Dass sie erfolgreich war, dass die Menschen erfolgreich waren, dass die Revolution friedlich und unblutig blieb, dass dank Michail Gorbatschow nicht wie am 17. Juni 1953 sowjetische Panzer rollten, sondern sie dieses Mal in ihren Kasernen blieben, das ist das Besondere an dieser Revolution von 1989.

Der friedlichen Revolution in der DDR war ein jahrzehntelanger Kampf der Menschen in den Staaten des Warschauer Paktes gegen Unfreiheit und Unterdrückung, für Freiheit und Demokratie vorausgegangen. Die Menschen in der DDR hatten mit dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 den Anfang

gemacht. Er wurde – ebenso wie noch der Prager Frühling 1968 – brutal mit Panzern nieder gerollt.

Die Wahl Karol Wojtyłas zum Papst 1978 und sein erster Besuch als Johannes Paul II. in seiner polnischen Heimat 1979 – die erste Reise eines Papstes in ein kommunistisches Land – haben dort ungewöhnliche Kräfte freigesetzt. Er wurde zum „Türöffner der Freiheit“ (Helmut Kohl), zum Impulsgeber der friedlichen europäischen Revolution. Er ermutigte die Solidarność-Bewegung und Männer wie Lech Wałęsa, Tadeusz Mazowiecki oder Władysław Bartoszewski dazu, erfolgreich an den Ketten der Unterdrückung zu rütteln. Den Polen haben wir, hat Deutschland, hat Europa für ihren Mut und ihren Durchhaltewillen – ohne die die Entwicklung unseres Kontinents ganz anders verlaufen wäre – zu danken.

Auch Ungarn ist zu danken, das den ersten Stein aus der Mauer, aus dem Eisernen Vorhang heraus brach, als es mit dem sogenannten „Paneuropäischen Picknick“ am 19. August 1989 für einige Stunden bei Sopron die Grenze zu Österreich öffnete. 600 DDR-Bürger flüchteten über die „grüne Grenze“ in den Westen. Der Flüchtlingsstrom schwoll an. Am 11. September öffnete Ungarn seine Grenzen endgültig, auch für Bürger aus der DDR. Bis Ende Oktober flüchteten etwa 50.000 Menschen in den Westen.

Die Polen und Solidarność, Papst Johannes Paul II., das Vorgehen der Ungarn mit der Grenzöffnung – das sind Beispiele von vielen für eine Entwicklung in den Ländern Ost- und Mitteleuropas, die den 9. November 1989 möglich gemacht haben. Ohne sie wäre die Geschichte anders verlaufen, ohne sie sähe vor allem Europa, sähe die ganze Welt heute mit Sicherheit anders aus.

Nach dem 9. November brach die DDR wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Das Ende der Spaltung Europas und der Welt war die Folge, die Sowjetunion und der ganze Warschauer Pakt brachen zusammen – die Wiedervereinigung Deutschlands wurde möglich.

15. Oktober 2009

329 Tage nach dem 9. November 1989, in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 war Deutschland in Frieden und Freiheit, in Übereinkunft mit allen seinen Nachbarn wiedervereinigt. 60,5 Millionen West- und 18,5 Millionen Ost-Deutsche leben wieder in einem einzigen Vaterland. Wir sind an unseren Grenzen nur noch von Freunden umgeben.

Unsere Hoffnung hatte sich erfüllt, Deutschland war wiedervereinigt – und das europäische Jahrhundertproblem, die „deutsche Frage“, gab es nicht mehr.

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hat die „deutsche Frage“, die Frage nach den Grenzen und der territorialen Ordnung Deutschlands, immer wieder auf der politischen und nur allzu oft auch auf der militärischen Tagesordnung in Europa gestanden. Die Gründung der Bundesrepublik und der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg und ihre Einbindung in die westliche Wertegemeinschaft bzw. den Ostblock, haben diese Frage unlösbar erscheinen lassen. Jahrzehntelang bedrohten die deutsche Teilung und der Eiserner Vorhang den Weltfrieden. Waffenstarr standen sich die Armeen des Westens und des Ostens gegenüber. Mehr als einmal standen Europa und die Welt am Rande eines Atomkriegs. Die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten war eine der unmenschlichsten Grenzen, die es jemals gegeben hat.

Das alles gehört heute glücklicherweise der Vergangenheit an! Der Ost-West-Konflikt ist beendet. In Deutschland und in fast ganz Europa herrschen heute Frieden und Freiheit. Das vereinte Deutschland hat wieder seinen festen Platz unter den freien Völkern. Es ist eingebunden in internationale Strukturen und ein stabiler und gleichberechtigter Partner. Zu keiner Zeit unserer langen Geschichte haben Deutsche sechs Jahrzehnte ohne Krieg, in Frieden und Freiheit gelebt.

Michail Gorbatschow ist dafür zu danken, dass durch seine Politik von „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestroika“ (Umbau) – mit der ab Anfang 1986 eine Politik größerer Transparenz und Offenheit der sowjetischen Staatsführung gegenüber der eigenen Be-

völkerung begann – das Ende des Kalten Krieges eingeleitet wurde.

Und wir verdanken es George Bush, dem alten Bush, der am frühesten und am mutigsten erkannt hat, was jetzt zu tun war. Und wir verdanken es nicht zuletzt Helmut Kohl, dem es gelang, den winzigen Spalt, der sich nur für wenige Monate 1989 und 1990 öffnete, zu nutzen, um das Tor aufzustoßen und die Wiedervereinigung letztlich mit Billigung aller zu erreichen.

Helmut Kohl nutzte die Grundlagen, die vier Jahrzehnte zuvor von Konrad Adenauer, dem ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik, für die Rückkehr Deutschlands in die Wertgemeinschaft der freien Welt gelegt worden waren.

Seit Adenauer war die europäische Integration Bestandteil erst westdeutscher, heute gesamtdeutscher Staatsräson. Eine Politik, die sich für Deutschland als gewinnbringende Investition auszahlte, die die Bundesrepublik schnell zu einem gleichberechtigten Partner im sich vereinigenden Europa machte und die entscheidend zur Einigung Europas beitrug.

Wie für Konrad Adenauer, galt für Helmut Kohl: „Deutsche Einheit und europäische Einigung sind zwei Seiten der gleichen Medaille.“ (Helmut Kohl: Erinnerungen. 1982-1990, München: Droemer, 2005, S. 1012)

Wie nicht anders zu erwarten, gab es zunächst Zurückhaltung zu einer schnellen Wiedervereinigung in manchen europäischen Ländern. Alte Ängste wurden wieder wach, die Besorgnis, ein vereintes Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern in der Mitte des Kontinents könnte die Statik des Europäischen Hauses sprengen, artikulierte sich z. B. bei der eisernen Lady in London.

Doch es gelang – auch mit tatkräftiger Unterstützung, die uns aus dem Ausland zuteil wurde – die Besorgnisse und Ängste zu zerstreuen. Das verständliche Zögern mancher Staaten konnte durch ihre Einbindung in den Entscheidungsprozess zur deutschen Wiedervereinigung überwunden werden.

15. Oktober 2009

Die entscheidenden Weichenstellungen wurden bei den Zwei-plus-Vier-Gesprächen zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten vorgenommen. Der abschließende Vertrag wurde am 1. und 2. Oktober 1990 vor der KSZE-Außenministerkonferenz in New York bekanntgegeben. Am 19. und 20. November unterschrieben alle 34 KSZE-Mitgliedstaaten die Charta von Paris.

Mit der Überwindung der Teilung Deutschlands, mit der Lösung der „deutschen Frage“ wurde auch die Überwindung der Teilung Europas möglich.

Seit 1989 hat sich Europa tiefgreifend verändert. Zehn osteuropäische Staaten sind nach Europa zurückgekehrt und haben ihren Platz in der Mitte Europas wieder eingenommen. Ihr Beitritt hat der EU viel abverlangt, weil das Wohlstandsgefälle zwischen den alten und den neuen Mitgliedern beträchtlich ist – erheblich höher, als es beispielsweise 1989 zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands war.

Aus einer Sechser-Wirtschaftsgemeinschaft bestehend aus Frankreich, Italien, Deutschland und den Benelux-Ländern mit zusammen 170 Millionen Menschen – 1957, als die Römischen Verträge unterzeichnet wurden – hat sich eine politische Union mit 27 Mitgliedsländern und fast 500 Millionen Einwohnern entwickelt – der größte Wirtschaftsblock der Erde. Ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts der gesamten Welt wird von den Mitgliedstaaten erwirtschaftet. Ein Fünftel des weltweiten Warenaufkommens wird im europäischen Binnenmarkt produziert. Der Euro hat sich in mittlerweile 15 Mitgliedsländern als harte und stabile Währung erwiesen. 20 EU-Staaten verzichteten im Rahmen des Schengener Abkommens auf Grenzkontrollen. Weitere Nachbarn drängen in die EU, über die Grenzen unseres Kontinents hinaus.

Aber Europa ist noch nicht fertig. Das Europäische Haus ist noch nicht wetterfest, noch fehlt das Dach, noch sind nicht alle Zimmer wohnlich eingerichtet. Der weitere solide Ausbau des Hauses Europa hat in den letzten Jahren jedoch deutlich werden lassen:

Wenn Schwierigkeiten gelöst sind, tun sich neue Probleme auf. Die Erfolgsgeschichte des sich einigenden Europas ist auch eine Geschichte von Rückschlägen und Krisen.

Der Versuch, Europa erstmals einen Verfassungsvertrag zu geben, scheiterte 2005 durch nationale Referenden in Frankreich und den Niederlanden. In der sich anschließenden deutschen Ratspräsidentschaft ist es gelungen, Europa aus der aufgezwungenen Untätigkeit wieder zu befreien.

Mit dem Lissabon-Vertrag wurde ein neuer Anlauf unternommen, die EU auf eine neue, zukunftsfeste Grundlage zu stellen, handlungsfähig zu bleiben und weiterarbeiten zu können. Der Vertrag hat den Segen aller 27 Staats- und Regierungschefs. Dass Irland im zweiten Anlauf zugestimmt hat, hat den Lissabon-Vertrag gerettet. Am vergangenen Samstag hat der polnische Staatspräsident als Vorletzter seine Unterschrift unter den Vertrag gesetzt. Jetzt fehlt nur noch die Unterschrift des tschechischen Staatspräsidenten.

Europa braucht den Lissabon-Vertrag, damit das Einigungswerk fortgeführt und die Handlungsfähigkeit gesichert werden kann. Das ist im Interesse Europas, aber es ist auch notwendig im Blick auf eine globalisierte Welt.

Europa darf sich nicht aus Angst vor den Herausforderungen der Globalisierung abschotten, sondern es muss diese Herausforderung annehmen, sie als Chance begreifen und seinen Beitrag dazu leisten, dass die Welt von morgen eine humanere Welt sein kann. Ja, es muss seinen Teil dazu beitragen, dass die Vision eines Tages Wirklichkeit werden kann: Nicht nur Europa ist ein Kontinent ohne Hunger und ein Kontinent des Friedens, sondern, in allen Kontinenten herrscht Frieden. Niemand verhungert!

Die Globalisierung nahm ihren Anfang nicht erst mit dem Mauerfall und dem Zusammenbruch des Kommunismus. Aber sie hat seit 1989 unverkennbar ein höheres Tempo und eine stärkere Intensität entwickelt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

NEU-DELHI / INDIEN

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

15. Oktober 2009

Der Globalisierungsschub der letzten zwanzig Jahre ist kein Zufall. Im Gegenteil: Er ist das Ergebnis einer konsequent auf politische und wirtschaftliche Freiheit, auf wissenschaftlich-technischen Fortschritt – insbesondere im Bereich der Kommunikation und im Transportwesen –, auf Austausch von Wissen, auf offene Märkte und weltweite Zusammenarbeit setzenden Politik. In der Tat: Die Welt ist zu einem „globalen Dorf“ geworden.

Immer mehr Länder, vor allem immer mehr Schwellen- und Entwicklungsländer, können am weltweiten Austausch von Rohstoffen, Produkten und Dienstleistungen, von Kapital und Arbeit teilnehmen. Die internationalen Finanzmärkte verflechten sich, die Geschwindigkeit und das Ausmaß der internationalen Kapitalströme steigen. Welche Risiken das zur Folge haben kann, spürt die ganze Welt seit nunmehr über einem Jahr in Gestalt der Weltfinanz- und -wirtschaftskrise.

Übersehen wir bitte nicht, dass der Globalisierung, auch wenn sie in weiten Teilen der Welt eine schlechte Presse hat, vor allem Chancen innewohnen: Die Globalisierung kann zu mehr Wohlstand und Gerechtigkeit in der Welt führen, wenn sie möglichst viele menschliche Kräfte mobilisiert und wenn diese Kräfte auch dazu genutzt werden, Hilfe in der Not und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten. Es wäre unverantwortlich, die Chancen der Globalisierung zu übersehen. Es wäre unverantwortlich angesichts neuer, weltweiter Herausforderungen, denen wir uns seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus vor zwanzig Jahren gegenüber sehen.

Mit dem Ende der Sowjetunion, dem Ende der Systemkonfrontation zwischen Ost und West haben die Vereinigten Staaten als – vorerst – einzige Weltmacht überlebt. Freiheit und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft haben Kommunismus und Sozialismus überwunden, wenn auch – noch – nicht überall in der Welt.

Vor zwanzig Jahren bestand die nicht ganz unberechtigte Hoffnung, eine demokrati-

sche, globale Kooperation, eine neue Weltordnung schaffen zu können. Für Francis Fukuyama war 1992 gar das „Ende der Geschichte“ – wohlgernekt das Ende der Ideengeschichte – erreicht.

Einige Anzeichen sprachen zunächst auch dafür: die Integration der nun freien Staaten Mittel- und Osteuropas in den Westen, in die Europäische Union, insbesondere in die NATO, und das Aufeinanderzugehen von USA und Russland.

Und vor allem auch der weltweite Demokratieschub seit 1990: Die Zahl der Demokratien weltweit ist seit 1990 von 80 auf 119 im Jahr 2009 gestiegen – bei heute 193 von der UNO anerkannten Staaten. Und auch wenn diese Statistik keine Auskunft über die lebende Verfassung dieser Staaten gibt. Trotz allem, zum Teil berechtigten Pessimismus: Die Demokratie ist seit dem Niedergang des Sowjetkommunismus weltweit auf dem Vormarsch. Auch in Lateinamerika und in Afrika. Erinnerung sei an den Sturz Slobodan Miloševićs durch gewaltlose Demonstrationen 2000, an die sogenannte „Rosenrevolution“ in Georgien 2003, die „Orangene Revolution“ in der Ukraine 2004, die „Zedernrevolution“ im Libanon 2004 oder an die Demonstrationen im Iran in diesem Sommer.

Auch wenn voreilig eine „vierte Welle der Demokratisierung“ ausgerufen wurde: Die Beispiele zeigen, dass die Opposition, denen sich ehemals autoritär geprägte Staaten gegenüber sehen, zunimmt. Aber vor allem zeigen diese Beispiele den Willen der Menschen weltweit zur Freiheit und zur Demokratie zu kommen.

Aber: Der Demokratisierungsschub in den letzten Jahrzehnten hat nicht, wie Fukuyama meinte prophezeien zu können, zum „Ende der Geschichte“ geführt. Sein Bild einer globalen Bewegung zur Demokratie, die „den Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit“ und daher das „Ende der Geschichte“ bildet, trott.

Mit Blick auf die Bemühungen, rechtsstaatliche, demokratische Strukturen in gescheiterten, zersplitterten Staaten zu schaffen,

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

NEU-DELHI / INDIEN

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

15. Oktober 2009

spätestens aber mit dem 11. September 2001 und dem internationalen Terrorismus, aber auch dem Fortbestehen alter – Nahost – und dem Aufflammen neuer Konflikte – Irak, Iran, Afghanistan, Nordkorea –, der unkontrollierten Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen ist die Geschichte „zurückgekehrt“. Unser Modell der Demokratie und der Freiheit sieht sich erneut in der Bewährung.

Die Geschichte ist nicht zu Ende. Der Zerfall des Ostblocks, das weltweite Scheitern des Kommunismus war in der Tat nicht das Ende der Geschichte. Es hat nur ein Kapitel abgeschlossen. Ein neues Kapitel ist aufgeschlagen, jeden Tag wird an ihm geschrieben, in Delhi und in Berlin, in Washington, Paris und Moskau und anderswo auf der Welt, jeden Tag eine Zeile.

Gemeinsam mit Indien will Deutschland an diesem neuen Kapitel der Geschichte weiterschreiben. Wir wollen die guten Beziehungen unserer beiden Länder, die spätestens seit den 1990er Jahren einen deutlichen Aufschwung erhalten haben, dafür nutzen und wir wollen sie fortsetzen.

Die bilateralen Beziehungen unserer beiden Länder sind seit 2007 durch ihre stetige Vertiefung auf der Grundlage einer „gemeinsamen Erklärung“ von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Premierminister Manmohan Singh über die „strategische Partnerschaft“ beider Länder gekennzeichnet – ergänzt durch eine „Gemeinsame Erklärung zur Weiterentwicklung der strategischen und globalen Partnerschaft“.

Ohne Zweifel ist Indien für Deutschland und auch für die Europäische Union ein besonders wichtiger Partner. Wir weisen eine Reihe grundlegender Gemeinsamkeiten auf. Wir teilen und fördern universelle Werte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Zukunftsvorstellung von Frieden, Sicherheit und gemeinsamen Chancen in globalen Fragen.

Indien ist die größte Demokratie der Welt, hat eine freie Presse, das Militär steht unter politischer Kontrolle. Indiens Wirtschaft ist marktwirtschaftlich organisiert, seine

Wachstumsraten machen es zu einem beinahe idealen Wirtschaftspartner. Das Bildungssystem hat einen herausragenden Standard.

Indien nimmt seine große Verantwortung als Atommacht mit Bedacht wahr. Es ist dabei, seinen Konflikt mit Pakistan zu entschärfen und einer friedlichen Lösung zuzuführen. Dadurch hat Indien international erheblich an Prestige gewonnen. Sein außenpolitischer Handlungsspielraum und Einfluss sind deutlich gewachsen.

Mit ihrer gemeinsamen Initiative für einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat haben Deutschland und Indien ihren Anspruch deutlich gemacht, im internationalen System des 21. Jahrhunderts mehr Verantwortung zu übernehmen. Indien ist ein wichtiger Partner für die deutsche und europäische Außenpolitik. Erfolge im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, den grenzüberschreitenden Drogenhandel, Kriminalität und nukleare Weiterverbreitung sind ohne die aktive Einbeziehung Indiens kaum zu erzielen.

Von Talleyrand stammt die These, nach der die Geschichte nichts anderes sei als eine „Unfallchronik der Menschheit“. Ich widerspreche. Diese These trifft nicht zu, es gibt auch Glücksmomente der Geschichte.

Wir haben sie – nach furchtbaren Katastrophen – in den letzten Jahrzehnten in Deutschland mit dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung, in Europa und in der ganzen Welt mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Ende des Ost-West-Konfliktes erlebt.

Sorgen wir dafür, dass wir diese Erfahrung für die Zukunft bewahren und schreiben wir die Geschichte mit Mut, Zuversicht und Hoffnung erfolgreich gemeinsam fort.

Herzlichen Dank!